

Zum Verhältnis von Eigenständiger Jugendpolitik und EU-Jugend- strategie in Deutschland



Claudius Siebel



Hans-Georg Wicke

Mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie und der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik hat die jugendpolitische Debatte in Deutschland in den letzten Jahren enormen Aufwind erfahren. Beide Prozesse nähern sich der Frage nach der zukünftigen Gestaltung der Jugendpolitik in Deutschland aus unterschiedlichen Perspektiven. Grund genug, das Verhältnis von EU-Jugendstrategie und Eigenständiger Jugendpolitik einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen.

Der vorliegende Artikel beleuchtet die Wechselwirkungen zwischen Eigenständiger Jugendpolitik und EU-Jugendstrategie sowie deren jeweilige Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse in Deutschland. Er beschreibt den Nutzen und den Wert der EU-Jugendstrategie für eine Eigenständige Jugendpolitik, ihre Inhalte, Konzepte, Instrumente und Verfahren. Darüber hinaus verdeutlicht er die Wirkung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich auf eine kontinuierliche europäische Dimension in den Feldern der nationalen Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendpolitik. Schließlich stellt der Beitrag die enge Verbindung dieser beiden Politikkonzepte dar und wirbt für die Etablierung der Europäischen Jugendpolitik als spezifischen Bestandteil einer Eigenständigen Jugendpolitik.

Der Beitrag analysiert aufgrund der aktuellen Debatte und der besonderen Bedeutung die Wechselwirkungen mit der Eigenständigen Jugendpolitik aus dem Blickwinkel der EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung.

Die vorhandenen Beziehungen mit der Internationalen Jugendpolitik werden vor diesem Hintergrund ebenso wenig beschrieben

wie die Wechselwirkungen zwischen Europäischem und Internationalem sowie der dringende Bedarf, Europäische und Internationale Jugendpolitik zu einem ganzheitlichen Politikkonzept zu entwickeln. Auch wenn aus den gleichen Gründen in der vorliegenden Analyse auch die jugendpolitischen Strategien des Europarates außen vor bleiben, plädieren die Autoren für eine Strategie eines auf Europa bezogenen jugendpolitischen Handelns Deutschlands, das die Jugendpolitik der EU und des Europarates miteinander verbindet.

■ Hintergrund

Am 27. November 2009 haben sich die Jugendminister der EU-Mitgliedsstaaten auf einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018)¹ geeinigt, besser bekannt als EU-Jugendstrategie. Diese Strategie beschreibt ein umfassendes jugendpolitisches Konzept einerseits für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich sowie andererseits für die Ausgestaltung bzw. Neuausrichtung nationaler Jugendpolitiken. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich mit der Annahme der EU-Jugendstrategie auf eine umfassende jugendpolitische Zusammenarbeit und erhalten wichtige Impulse für ihre eigenen jugendpolitischen Ansätze. Deutschland hat diese Impulse aktiv aufgegriffen und setzt die EU-Jugendstrategie seit 2010 in einer beispielhaften Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern um (siehe auch den Artikel von Ulrike Wisser in diesem Band).

Gleichzeitig entwickelt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der Grundlage des Koalitionsvertrages von 2009 ein Konzept für eine sogenannte Eigenständige Jugendpolitik², die das bisherige jugendpolitische Handeln grundlegend verändern soll. Darin wird v. a. für ein neues, positives Bild junger Menschen geworben. Die Eigenständige Jugendpolitik stellt die Phase der Jugend in ihrer ganzen Vielfalt individueller Lebenswelten, Bedürfnis-

1 ENTSCHEIDUNG DES RATES vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018), in Amtsblatt der Europäischen Union vom 19. Dezember 2009 (2009/C 311/01). Diese Ratsentscheidung wird allgemein auch als *EU-Jugendstrategie* bezeichnet. Zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland siehe auch den Artikel von Ulrike Wisser in diesem Band sowie www.jugendhilfeportal.de/eu-jugendstrategie.

2 Eine Allianz für Jugend. Eckpunktpapier: Entwicklung und Perspektiven einer Eigenständigen Jugendpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin Mai 2011. Vgl. dazu www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/eigenstaendige-jugendpolitik.html (gesehen am 10.04.2012). Dort heißt es u. a.: »Aufgabe (einer Eigenständigen Jugendpolitik, *Anm. d. Autoren*) ist es, die politische Debatte auf die Herausforderungen und Bedürfnisse von Jugendlichen in Deutschland zu lenken.«

se und Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Eigenständige Jugendpolitik soll gewährleisten, dass das Engagement aller Akteure, die Jugendliche unterstützen und fördern, optimale Ergebnisse für die jungen Menschen in Deutschland erzielt. Jungen Menschen sollen möglichst gleiche Startchancen auf ein selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Leben eröffnet werden und es soll ein Klima der Anerkennung und des Respekts vor den Leistungen und dem Einsatz von Jugendlichen entstehen.

■ Die Beiträge der EU-Jugendstrategie für eine Eigenständige Jugendpolitik

Die jugendpolitische Ausgangslage in der EU ist durchaus mit der in Deutschland vergleichbar: Jugendpolitik fällt gemäß Subsidiaritätsprinzip in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. In den Kompetenzbereich der EU fallen die in Artikel 165 des Lissabonvertrages beschriebenen Aufgaben, die über Programme, Rechtsetzung oder koordinierte Politiken umgesetzt werden können. Zudem zählt Jugend zu einem der Politikbereiche, in denen die EU Maßnahmen zur Koordinierung, Ergänzung oder Unterstützung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten durchführen kann.

Aus dem bisherigen Stand der Debatten und Aktivitäten der EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung und der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik lässt sich eine intensive Beziehung zwischen diesen beiden jugendpolitischen Konzepten in Deutschland beschreiben. Aufgrund der Entstehungsgeschichte sind es bisher vor allem spürbare Wirkungen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf die nationale Jugendarbeit, -hilfe und -politik sowie ein ablesbarer Nutzen für die Eigenständige Jugendpolitik aus Inhalten, Konzepten, Strukturen oder Verfahren der EU-Jugendstrategie.

Jugendpolitische Konzepte

Mit der EU-Jugendstrategie ist nicht nur ein Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich, sondern ein umfassendes jugendpolitisches Konzept entwickelt worden. Dieses beschreibt sowohl eine klassische Ressortpolitik, als auch eine jugendpolitische Querschnittspolitik. Es werden darin drei langfristige Ziele definiert und prioritäre Aktionsbereiche ausgeführt, die für die Gestaltung der Lebenslagen junger Menschen in Europa von vorrangigem Belang sind. Innerhalb jedes Aktionsbereichs werden Ziele für die ersten Jahre benannt und mögliche Einzelmaßnahmen aufgelistet, die die Mitgliedstaaten und/oder die Kommission durchführen können. Es wird zudem die besondere Rolle von Jugendarbeit hervorgehoben. Und letztendlich

werden Instrumente festgelegt, mit denen diese Ziele erreicht werden können.

Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik steht vor vergleichbaren Herausforderungen. Ein jugendpolitisches Konzept wird gleichermaßen ressort- und querschnittspolitisch verankert sein müssen. Vor dem speziellen Hintergrund der deutschen Situation und der Ausrichtung der Eigenständigen Jugendpolitik wird ein sehr viel stärkerer Fokus auf die im BMFSFJ verankerten Politikbereiche und die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe liegen müssen, als dies auf europäischer Ebene der Fall ist. Eine Eigenständige Jugendpolitik benötigt langfristige strategische Ziele, aus denen sich jugendpolitische Handlungsbereiche ableiten. Um wirksam zu sein, braucht es operationelle Ziele und Maßnahmen innerhalb dieser vorrangigen Bereiche. Und ohne ein passendes Set an Instrumenten und Verfahren kommt auch eine Eigenständige Jugendpolitik nicht aus. In einem solchen Sinne bietet die EU-Jugendstrategie sicherlich keine Blaupause für die Eigenständige Jugendpolitik, aber eine Menge Anregungen und Ideen für ein übergreifendes und kohärentes jugendpolitisches Konzept.

Jugendpolitische Inhalte

Die EU-Jugendstrategie benennt acht vorrangige Politikbereiche: Bildung, Beschäftigung, Kreativität und unternehmerische Initiative, Gesundheit und Sport, Partizipation, soziale Integration, Freiwilligentätigkeit, Jugend und die Welt. Jugendarbeit (hier in einem sehr viel umfassenderen Sinne zu verstehen als die in Deutschland gebräuchliche Definition von Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII) wird als ein Bereich betrachtet, der in all diesen Feldern konstituierende Beiträge leistet.

In der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland haben Bund und Länder entschieden, sich zunächst auf drei Bereiche zu konzentrieren: die Integration sozial benachteiligter junger Menschen in das Regelsystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit durch neue Lernfelder; die wirksame Beteiligung Jugendlicher durch die Ansprache neuer Zielgruppen und die Implementierung neuer Formate; die Aufwertung und Anerkennung informeller und nicht formaler Bildung.

Im Rahmen der Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik stehen bisher – allerdings innerhalb eines weitergehenden Kontextes – gleichlautende Themenfelder im Mittelpunkt – Partizipation, Anerkennung nicht-formaler Bildung und »Übergänge«. Diese sollen jeweils unter Einbeziehung europäischer Impulse bearbeitet werden. Das aus zwei verschiedenen Prozessen gleichlautende Themenfelder entstanden sind, ist kein Zufall, sondern jugendpolitische Absicht und Notwendigkeit (dazu mehr im letzten Kapitel) und letztendlich eine unmittel-

bare Wirkung der EU-Jugendstrategie und deren Umsetzung auf die Inhalte einer Eigenständigen Jugendpolitik.

Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität

Das Thema *Lernerfahrungen für junge Menschen durch grenzüberschreitende Mobilität* hat in den letzten Jahren durch die europäische Debatte – insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich, die Entwicklungen im Bildungsbereich und durch »Jugend in Bewegung« – eine rasante Aufwertung erfahren. Das bedeutende Lernpotenzial von Mobilitätsmaßnahmen für junge Menschen ist mehr denn je in den jugendpolitischen Fokus gerückt. Lernphasen im Ausland sollen für alle jungen Menschen in Europa nicht mehr länger die Ausnahme sein, sondern langfristig zur Regel werden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, Anstrengungen zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen, Förderungen zu verstärken und Hindernisse abzubauen.

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie hat in Deutschland diese Impulse aufgegriffen und sieht die Förderung der Mobilität junger Menschen nicht nur als einen wesentlichen Beitrag in allen drei Themenkorridoren, sondern auch als ein eigenständiges Thema der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Das Thema Lernerfahrungen durch Mobilität erfährt so auch in den Strukturen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe eine neue Aufmerksamkeit. So plädiert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ auf ein »Recht auf Mobilität für Alle« als Voraussetzung für ein gelingendes Aufwachsen. Der Deutsche Verein wird Empfehlungen für die Durchführung von Mobilitätsmaßnahmen sowie zu deren fachpolitischer Anerkennung auf vor allem kommunaler Ebene abgeben. Vorhandene Programme wie z. B. »Aktiv in der Region« werden für Mobilitätsmaßnahmen geöffnet. Zahlreiche Länder und Kommunen beteiligen sich an jugendpolitischen Initiativen wie JIVE oder bringen eigene Konzepte auf den Weg. Damit rückt dieses Thema vom Rand in die Mitte jugendpolitischer Konzepte, es verändert sich aber auch dessen Wahrnehmung: Die jugendpolitische Zielstellung, allen jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität zu ermöglichen, wird nun als Teil der Forderung nach umfassender Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses betrachtet.

Diese Veränderung wird im Rahmen der Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik aufgegriffen. Das BMFSFJ wird ein Modellprojekt »Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität für Jugendliche ermöglichen« einrichten, um exemplarisch Wege aufzuzeigen, wie das Ziel, mehr jungen Menschen Lernerfahrungen in einem anderen Land zu ermöglichen, dauerhaft umgesetzt werden kann. Damit geraten durch die EU-Jugendstrategie die klassischen Aufgaben der europä-

ischen Jugendpolitik (Mobilitätsförderung junger Menschen und Multiplikatoren) sehr viel stärker als bisher in den Fokus von Jugendpolitik in Deutschland.

Governance im Mehrebenensystem

Die EU-Jugendstrategie und ihre Umsetzung in Deutschland ist ein konkretes Beispiel von koordinierter Politikgestaltung und Umsetzung in einem Mehrebenensystem, sogenannter Governance. Damit ist die Steuerung und Koordination des Handelns verschiedener Akteure auf der Basis institutionalisierter Regelsysteme oder Interaktionsmuster und Modi kollektiven Handelns gemeint. Bei vertikaler Governance geht es um das koordinierte ebenenübergreifende Zusammenwirken der verantwortlichen Akteure vor allem im politischen System zwischen EU und seinen Mitgliedstaaten, aber auch deren nationalen, regionalen und kommunalen Ebenen. Bei horizontaler Governance steht die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft im Vordergrund, aber auch die Kooperation auf einer Ebene, so z. B. zwischen den Mitgliedstaaten der EU oder den Bundesländern.

Im Mittelpunkt des Governancekonzeptes der EU-Jugendstrategie steht die Offene Methode der Koordinierung zur Regelung des Verhältnisses zwischen EU und seinen Mitgliedstaaten. Darüber hinaus beschreibt sie aber auch eine Reihe von Governanceinstrumenten und -verfahren, die helfen sollen, die EU-Jugendstrategie in die Praxis umzusetzen.

Mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland ist es gelungen, ein Modell einzuführen, das dem im Jugendbereich geltenden doppelten Subsidiaritätsprinzip Rechnung trägt. Hierbei wurden eine Governancestrategie und Governanceinstrumente entwickelt, die sowohl vertikal die Einbeziehung der verschiedenen Ebenen, als auch horizontal der Zivilgesellschaft und seiner Strukturen und Organisationen erlauben.

Dieses Modell einer stetigen jugendpolitischen Zusammenarbeit der verschiedenen Handlungsebenen und -strukturen birgt eine neue Qualität für die Ausgestaltung von Jugendpolitik. Eine Eigenständige Jugendpolitik in Deutschland kann unter dem Vorzeichen der jugendpolitischen Subsidiarität ohne eine solche vertikale und horizontale Governancestrategie, die die verschiedenen Ebenen und Strukturen einbindet, nicht erfolgreich sein.

Offene Methode der Koordinierung (OMK)

Innerhalb des Governancemodells der EU-Jugendstrategie nimmt die Offene Methode der Koordinierung eine Sonderstellung ein. Die OMK hat sich im letzten Jahrzehnt zu einem wichtigen Steuerungsinstrument

der Europäischen Union entwickelt. Sie wird vor allem in den Bereichen eingesetzt, in denen die Europäische Kommission keine Gesetzgebungskompetenzen hat und beschreibt vor allem das Handeln und Zusammenwirken der staatlichen Akteure zwischen der EU und seinen Mitgliedstaaten. Im Rahmen der EU-Jugendstrategie haben sich die Jugendminister der EU darauf geeinigt, dieses System in einer jugendpolitisch besonderen Form anzuwenden: Die OMK ermöglicht es den Mitgliedstaaten gemeinsame Zielsetzungen zu vereinbaren, schreibt es ihnen jedoch nicht vor, wie diese umzusetzen sind und gibt ihnen die Freiheit, Schwerpunkte zu setzen. Damit verbunden ist eine regelmäßige jugendpolitische Berichterstattung und Bewertung, allerdings – und dieses ist die jugendpolitische Besonderheit – ohne Umsetzungskontrolle durch gemeinsam festgelegte Indikatoren und Benchmarks.

Mit der jugendpolitischen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist erfolgreich eine auf die deutsche Situation angepasste Form der OMK eingeführt worden – auch wenn sie bisher nicht so genannt wird: Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe als zentrales Steuerinstrument der Umsetzung der EU-Jugendstrategie bringt die verschiedenen politischen Handlungsebenen zusammen und etabliert ein Verfahren von Koordination und Verhandlung. Hier sind gemeinsame Themen und Zielsetzungen miteinander abgestimmt worden. Der Bund ergreift im Rahmen seines Verantwortungsbereiches einzelne eigene Initiativen, gewährleistet durch die Einrichtung von Unterstützungsstrukturen den Rahmen der Zusammenarbeit (z. B. durch die Transferstelle für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa oder die Servicestelle für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie) und sichert durch Struktur- und Maßnahmenförderung einzelne für die Zusammenarbeit unverzichtbare Prozesse wie den Nationalen Dialog und das Monitoring. Die Bundesländer übernehmen entsprechend ihren eigenen jugendpolitischen Bedingungen, Möglichkeiten und Schwerpunkten Verantwortung für die weiteren Prozesse und deren inhaltliche Ausgestaltung und entscheiden selbst, welche Instrumente und Maßnahmen sie einsetzen, um die Ziele zu erreichen. Hierin vorgesehen ist auch die Einbeziehung der kommunalen Ebene.

Eine Eigenständige Jugendpolitik wird ebenfalls eine solche Form des politischen und handlungsorientierten Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen entwickeln müssen. Die EU-Jugendstrategie liefert mit dem europäischen Konzept der OMK ein konkretes Modell und mit dem koordinierten Vorgehen zwischen Bund und Ländern eine erfolgreiche Adaption der OMK auf deutsche Verhältnisse.

Peer Learning

Mit der EU-Jugendstrategie wurde das Peer Learning als ein jugendpolitisches Instrument verankert. Peer Learning ist ein Prozess der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, der die Gelegenheit für Politikverantwortliche und Praktiker eines Landes bietet, von den Erfahrungen anderer Länder in Europa durch direkten Kontakt und tatsächliche Kooperation zu lernen. Durch Zusammentragen von Wissen bleiben die unterschiedlichen Wissensvoraussetzungen erhalten und durch die gemeinsamen Lernerfahrungen können neue Einsichten und kognitive Strukturen ausgearbeitet werden. Die Beteiligten verbinden ihre Vorstellungen dann idealerweise zu einer neuen Idee.

Mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist Peer Learning verstärkt in den jugendpolitischen Raum in Deutschland getreten und führt zu einer Vielzahl von Peer-Learning-Aktivitäten. So führt das BMFSFJ im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie zum Beispiel fünf sogenannte multilaterale Kooperationsprojekte durch. Eines dieser Projekte beschäftigt sich mit der übergeordneten Fragestellung nach der Gestaltung von Jugendpolitik in Europa. Das BMFSFJ verfolgt hier u. a. das Interesse, die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik für Deutschland durch ein europäisches Peer Learning zu qualifizieren, Impulse für den Prozess in Deutschland zu gewinnen und Erkenntnisse aus anderen Ländern für die Konzeptionierung von Jugendpolitik in Deutschland nutzbar zu machen. Peer Learning ist konstituierender Bestandteil der Umsetzung der EU-Jugendstrategie und entwickelt sich mit Blick auf eine in Europa eingebettete Jugendpolitik auch zu einem Prinzip von Politikgestaltung in der Eigenständigen Jugendpolitik.

Aber das Prinzip des Peer Learnings lässt sich leicht auch auf Deutschland übertragen – die Realität von Jugendpolitik und -praxis in Deutschland ist bekanntermaßen heterogen genug – und würde helfen, Jugendpolitik und -praxis weiter zu entwickeln. Damit wurde bereits in der Umsetzung der EU-Jugendstrategie begonnen. Hier wurden modellhaft Wege gefunden, wie Bundesländer mehr als bisher ihre jugendpolitischen Ansätze und Modelle untereinander austauschen, vergleichen und Impulse für ihr eigenes jugendpolitisches Handeln aufnehmen können – national und international: Einerseits dienen die Werkstattgespräche, die die Umsetzung der drei Themenkorridore begleiten, inzwischen auch einem Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern. Andererseits werden durch einige Initiativen der Transferstelle, wie z. B. die InterRegio-Konferenz, die InterCity-Konferenz oder den Erfahrungsaustausch mit österreichischen Bundesländern, Möglichkeiten zum grenzüberschreitenden jugendpolitischen Erfahrungsaustausch geboten.

Ausrichtung von Förderprogrammen

Die Ausrichtung von Förderprogrammen auf die Ziele der EU-Jugendstrategie ist bei ihrer Umsetzung in Deutschland ein wesentliches Instrument. Auf europäischer Ebene ist das Programm JUGEND IN AKTION das Hauptinstrument zur Unterstützung der EU-Jugendstrategie. Gleichmaßen geht es jedoch auch um die Ausrichtung von Förderprogrammen wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) auf jugendpolitische Belange.

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland ist ohne JUGEND IN AKTION nur schwer vorstellbar. Dabei geht es einerseits um die erheblichen Fördermöglichkeiten von Projekten in den Schwerpunkten der EU-Jugendstrategie oder des Strukturierten Dialogs. Es geht aber auch andererseits um die Aktivitäten und Initiativen der Strukturen von JUGEND IN AKTION, insbesondere der Nationalagenturen, die dabei helfen sollen, eine europäische Dimension in der Jugendarbeit zu entwickeln und die die politischen Akteure bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie unterstützen sollen. Die Aktivitäten von JUGEND für Europa als Nationalagentur haben in den letzten Jahren in Deutschland eine erhebliche Dynamik in dem Prozess der Auseinandersetzung mit den jugendpolitischen Entwicklungen in Europa und deren aktiver Nutzung erzeugt. Diese haben auch zu konkreten Instrumenten der Umsetzung der EU-Jugendstrategie geführt, wie das Forum zu Perspektiven europäischer Jugendpolitik als wesentliches Element des nationalen Dialogs, die Webseite www.jugendpolitikineuropa.de als die zentrale Webseite für jugendpolitische Europainformationen oder eine Reihe der Peer-Learning-Aktivitäten.

JUGEND IN AKTION ist auch ein Ergebnis der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa. Es trägt durch sein Fördervolumen von ca. 40 Millionen € pro Jahr, durch seine Unterstützung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie und die Europäisierung von Jugendarbeit und -hilfe unmittelbar und mittelbar zur Eigenständigen Jugendpolitik in Deutschland bei. Auch eine Eigenständige Jugendpolitik wäre ohne die unterstützenden Programme auf Ebene des Bundes und der Länder und ohne die Ausrichtung von förderpolitischen Instrumenten und Programme, wie dem Kinder- und Jugendplan oder dem ESF, kaum in die Praxis umzusetzen.

Wissensbasierte Jugendpolitik

Evidenzbasierte Politik ist eines der Instrumente der EU-Jugendstrategie. Absicht ist es, dass Jugendpolitik auf mehr Wissen über die Jugend und ihren Lebensbedingungen, Werten und Verhaltensweisen beruht und diese Erkenntnisse mit den anderen einschlägigen Politikbereichen ausgetauscht werden. Grundlage dafür sind z. B. das European Know-

ledge Centre on Youth Policy und dessen Aktivitäten, das Dashboard on Youth Indicators oder Studien zur Situation der Jugend.

Ein Teilbereich dessen sind der neu geschaffene Europäische Jugendbericht und das mit der EU-Jugendstrategie eingeführte Monitoring als ein sicherlich umstrittener Ansatz im Umfeld von Jugendpolitik. Dabei geht es nicht um die Harmonisierung von jugendpolitischen Spezifika in den Mitgliedstaaten über Benchmarks, sondern einerseits um die Verfolgung der Umsetzung der gemeinsam getroffenen Vereinbarungen und die Bewertung von Fortschritten, und andererseits um die Beschreibung und Festlegung von Indikatoren, an denen dieses festgemacht und gemessen werden kann.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie sind unter diesen Vorzeichen das Deutsche Jugendinstitut mit dem Monitoring vor allem der Governanceinstrumente der Umsetzung der EU-Jugendstrategie und das Centrum für Angewandte Politikforschung mit dem Monitoring des Strukturierten Dialogs beauftragt. Ziel ist es, hieraus Erkenntnisse für den weiteren Umsetzungsprozess und dessen Weiterentwicklung zu gewinnen und keinesfalls eine Bewertung von bundeslandspezifischen Aktivitäten durchzuführen.

Eine eigenständige Jugendpolitik benötigt die zielgerichtete Ausrichtung von Instrumenten zur Erkenntnissammlung und -gewinnung in Deutschland zum Zwecke der Wissensbasierung von Entscheidungsprozessen. Dazu dient sicherlich der regelmäßig erscheinende Kinder- und Jugendbericht, der weit über den vergleichsweise eher in den Kinderschuhen steckenden Europäischen Jugendbericht hinausgeht. Ebenso unverzichtbar sind Strategien der Wissensbasierung von jugendpolitischem Handeln sowie des Monitorings der Eigenständigen Jugendpolitik, für die die EU-Jugendstrategie und deren Umsetzung Erfahrungsbeispiele liefern.

Nationaler Dialog

Als Nationaler Dialog wird in der Umsetzung der EU-Jugendstrategie das Paket an Maßnahmen und Strukturen bezeichnet, das eine kontinuierliche Einbindung und Reflexion mit der Zivilgesellschaft im Jugendbereich ermöglichen soll. Dieses folgt natürlich dem Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der Jugendhilfe und -politik, insofern nichts Neues. Durch die Schaffung von Strukturen und Entwicklung von neuen Verfahren geht die EU-Jugendstrategie aber durchaus darüber hinaus.

Ein zentrales Element des Nationalen Dialogs ist die *Zusammenarbeit mit den Strukturen und Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendhilfe*. Dazu wurde in erster Linie ein Beirat des Bundes zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie eingerichtet, in dem die Kooperation

zwischen dem BMFSFJ und den relevanten jugendpolitischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit und Jugendhilfe institutionalisiert wurde. Die jährlich im Herbst stattfindenden Foren zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik sind weiteres zentrales Instrument des Nationalen Dialogs und steuern den Umsetzungsprozess indirekt, indem sie die Möglichkeit bieten, sich über die EU-Jugendstrategie zu informieren, die Entwicklungen politisch zu diskutieren und sich an der Umsetzung zu beteiligen. Darüber hinaus sind eine Reihe offener Formate installiert worden, wie z. B. die Werkstattgespräche, die eine fachliche Diskussion in einzelnen Themenbereichen oder Regionen ermöglichen sollen.

Zweites Element des Nationalen Dialogs der EU-Jugendstrategie ist der *Strukturierte Dialog mit jungen Menschen*, der bereits in dem Beschluss der EU-Jugendminister als wichtiges Instrument der Umsetzung der EU-Jugendstrategie genannt wird. Hierdurch soll vor allem die Beteiligung der jungen Menschen an jugendpolitischen Entscheidungen auf EU-Ebene sichergestellt werden.

Im Rahmen des Nationalen Dialogs wird diese Zielstellung umgesetzt und erweitert: Zum einen werden Strukturen (so die Koordinierungsstelle für den Strukturierten Dialog beim Deutschen Bundesjugendring und die Nationale Arbeitsgruppe für den Strukturierten Dialog) und Verfahren (im Rahmen von vor allem über JUGEND IN AKTION geförderten Veranstaltungen und der Erprobung von Beteiligung via Internet) zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland eingerichtet. Zum anderen hat der Strukturierte Dialog auch den Anspruch, die Meinung der Jugendlichen zu Themen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie an staatliche und nicht-staatliche Akteure weiterzuleiten und damit das Handeln dieser Akteure zu steuern und zu beeinflussen.

Eine Eigenständige Jugendpolitik wird konkrete und verlässliche Orte und Formen für den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit und Jugendhilfe einerseits und jungen Menschen andererseits schaffen müssen. Dahingehend bietet der Umsetzungsprozess der EU-Jugendstrategie Erfahrungen, Instrumente und Strukturen. So findet z. B. das Modell des Strukturierten Dialogs nun auch bereits Anwendung bei der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik in Deutschland und in Fachforen wird der intensive Austausch mit den Strukturen und Einrichtungen gesucht.

Förderung und Anerkennung von Jugendarbeit und Jugendhilfe

Auf europäischer Ebene haben die Jugendminister in der EU-Jugendstrategie Jugendarbeit als zentrales Querschnittsfeld einer Jugendpolitik fest verankert und dessen Bedeutung und Rolle durch einen da-

rauffolgenden Ratsbeschluss³ zur Förderung und Anerkennung von Jugendarbeit noch einmal bestätigt und verstärkt.

Nicht zuletzt deswegen legt die Umsetzung der EU-Jugendstrategie einen besonderen Wert auf die Einbeziehung der Fachkräfte und eröffnet landesspezifische und bundesweite Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote. Fachkräfte spielen in mehrfacher Hinsicht eine besondere Rolle darin, europäische Impulse in die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe einfließen zu lassen. Erstens sind meistens sie es, die Jugendliche zu grenzüberschreitenden Lernerfahrungen motivieren, entsprechende Projekte initiieren und gestalten sowie Teilnehmende unterstützen und begleiten. Dazu bedarf es Fachkräfte, die selbst über Erfahrungen mit grenzüberschreitender Mobilität und Zusammenarbeit verfügen. Zweitens profitieren sie selbst durch den Erfahrungs- und Kompetenzgewinn in Mobilitätsmaßnahmen. Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen und der Expertise von Kolleginnen und Kollegen aus ähnlichen Arbeitsfeldern in anderen Ländern stellt eine große Bereicherung dar. Und drittens kann es nur über die Fachkräfte als Funktionsträger in den Strukturen und Einrichtungen gelingen, europäische Impulse in die alltägliche Praxis der Kinder- und Jugendhilfe einfließen zu lassen.

In diesem Sinne hat die Umsetzung der EU-Jugendstrategie die Fort- und Weiterbildung von Fachkräften in Kompetenzfeldern, die für die europäische Ausrichtung ihrer Arbeit notwendig sind, als einen wichtigen Baustein von Jugendpolitik erkannt und z. B. durch die Entwicklung einer Europäischen Trainingsstrategie umgesetzt. Auch die Eigenständige Jugendpolitik folgt diesem Gedanken. So sollen im Rahmen des Modellprojektes »Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität für Jugendliche ermöglichen« Eckpunkte für eine Initiative zur Förderung der Mobilität von Fachkräften entwickelt werden, deren Umsetzung dann im Rahmen der Eigenständigen Jugendpolitik angestrebt wird.

Gleichzeitig wird eine Eigenständige Jugendpolitik die Anerkennung der zentralen Rolle von Jugendarbeit und Jugendhilfe und deren Weiterentwicklung natürlich auch über den Bereich des Europäischen hinaus zum Maßstab ihrer Entwicklung machen müssen. Die EU-Jugendstrategie hat dahingehend ein deutliches Zeichen gesetzt.

3 Resolution of the Council and the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, on Youth Work, Brussels 13. October 2010 14847/10 (Jeun 41/SOC 643). Deutsche Version: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14847.de10.pdf> (gesehen am 05.04.2012).

Eine europäische Dimension für die nationale Jugendpolitik

Mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie wird in Deutschland u. a. das Ziel verfolgt, das Thema Europa und den Mehrwert einer europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich wieder stärker ins Bewusstsein der Jugendarbeit, Jugendhilfe und der Jugendpolitik zu rücken.

Europäische Zusammenarbeit hat in zweierlei Hinsicht einen großen Mehrwert. Zum einen liegt darin ein *pragmatischer Wert*: Durch die Begegnung, die Auseinandersetzung und den Vergleich mit der fremden Realität können alternative Formen der Praxis erkannt werden und diese innovative Impulse zur Verbesserung der eigenen Praxis liefern. Zum anderen ermöglichen diese Begegnungen eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Theorie und Praxis und bieten so die Möglichkeit der Einnahme einer europäischen Perspektive oder mindestens einen distanzierten Blick auf die eigene nationale Situation. Hierin liegt ein *analytischer Wert*.

Die Europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich kann die nationale Politik und Praxis einer Eigenständigen Jugendpolitik mit genau diesen europäischen Impulsen analytisch und praktisch bereichern und fundieren, sowie helfen, die bisher lokal, regional oder national ausgerichtete Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu »europäisieren«. Dieser europäische Impuls geht über die bereits oben beschriebene Mobilität von jungen Menschen, die Qualifizierung von Fachkräften oder das Peer Learning hinaus und betrifft vielmehr die Nutzung europäischer Debatten für die deutsche Fachpraxis und die Europäisierung von Strukturen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und deren Arbeitsweisen.

Durch den multilateralen Charakter sind auf der europäischen Ebene in vielen Bereichen fachliche Debatten von weniger politischen und strukturellen Zwängen geprägt, erlauben einen Blick auf andere Strategien und Lösungen und sind deswegen vielfach durchaus innovativer. Darin liegt der Wert der EU-Jugendstrategie und der darüber hinaus gehenden Zusammenarbeit im Jugendbereich für die Eigenständige Jugendpolitik. Deswegen kann eine »europäische Dimension« auch bedeuten, stärker und sichtbarer europäische Politikstrategien und Sichtweisen in den jugendpolitischen Diskurs, in Programme und Maßnahmen in Deutschland zu integrieren und die nationale Praxis »europäisch« zu bereichern.

Durch solche Impulse verändert sich die Praxis der Jugendarbeit und Jugendhilfe – in Bezug auf ihre Zielgruppen, auf ihre Akteure und deren Organisationen, aber auch in ihren Inhalten, Angeboten und ihrer Fachlichkeit. Dadurch verändern sich aber auch jugendpolitische Wahrnehmungen und Konzepte.

■ Die enge Verbindung von EU-Jugendstrategie und Eigenständiger Jugendpolitik

Lange Zeit war es kaum vorstellbar, aber jetzt ist es faktisch nicht mehr wegzudiskutieren: Die EU-Jugendstrategie und ihre Umsetzung ist nicht mehr von einer Eigenständigen Jugendpolitik und ihrer Entwicklung zu trennen. Nachdem sie lange Zeit ein ungeliebtes Schattendasein gefrisst hat, steht die EU-Jugendstrategie nun im Blickfeld jugendpolitischer Entwicklungen und ist konstituierender Bestandteil einer Eigenständigen Jugendpolitik. Dafür gibt es viele Gründe.

Eigenständige Jugendpolitik ist auch Europäische Jugendpolitik – und umgekehrt

Selten zuvor wurde durch die aktuelle Wirtschaftskrise in Europa zweierlei deutlich. Erstens: Die Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Strategien für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen unterscheiden sich in Europa fundamental. Unterschiede aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Kultur eines jeden Landes sind auch in einem vereinten Europa nicht neu, sondern Teil des Konzepts. Ob allerdings Unterschiede in der Jugendarbeitslosigkeit (um nur ein Beispiel zu nennen) in Europa von mehr als 30% noch im Einklang stehen mit der Idee eines Europas als gemeinsamem Lebensraum, mag bezweifelt werden. Zweitens: Die Lebensbedingungen (nicht nur) junger Menschen sind positiv wie negativ von europäischen (und globalen) Entwicklungen abhängig, sowie von auf EU-Ebene oder in anderen Ländern getroffenen politischen Entscheidungen.

Dies hat Folgen für das Verständnis und das Konzept einer Eigenständigen Jugendpolitik. Es wird deutlich, dass rein nationalstaatliche Fundierungen von Jugendpolitik oder einzelner Arbeitsfelder allein keine tragfähigen Lösungen in immer stärker europäisch oder global ausgeprägten Kontexten bieten können. Eine Eigenständige Jugendpolitik muss Verantwortung übernehmen für die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen in anderen Ländern in Europa (und darüber hinaus). Sie muss die Chancen der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa ergreifen und helfen, einen europäischen jugendpolitischen Raum zu entwickeln, in dem die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen junger Menschen gemeinsam gestaltet werden. Und drittens muss sich eine Eigenständige Jugendpolitik als Teil des Europäischen Einigungsprozesses verstehen, in dem es um die Gestaltung auch eines sozialen Europas geht. In diesem Sinne darf sich eine Eigenständige Jugendpolitik nicht auf Deutschland beschränken, sondern muss auch immer europäische Jugendpolitik sein.

Gleiches gilt aber auch umgekehrt: Eine EU-Jugendstrategie, die nicht gleichzeitig auch auf die Lebenssituation junger Menschen und auf die Realität von Jugendarbeit, -hilfe und -politik in Deutschland bezogen ist, kann keine nachhaltige Wirkung entfalten. Weitergedacht bedeutet dies, dass die EU-Jugendstrategie im Idealfall eingebettet ist in eine Eigenständige Jugendpolitik.

Eigenständige Jugendpolitik und Europäische Jugendpolitik sind eng miteinander verknüpft

Aus pragmatischen, aber auch aus inhaltlichen Gründen ist die jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene unmittelbar wechselseitig mit den Inhalten und Konzepten einer Eigenständigen Jugendpolitik verknüpft.

Pragmatisch betrachtet wäre es jugendpolitisch fahrlässig und wenig zielführend, ein jugendpolitisches Konzept in Deutschland zu beschreiben, das die vereinbarten europäischen Schwerpunkte und Zielsetzungen nicht berücksichtigt oder gar im Widerspruch dazu steht.

Inhaltlich betrachtet gibt es zudem angesichts des vereinten Europas, der damit verbundenen zunehmend europäisierten politischen Beziehungen und Lebensumstände und eines sich politisch und geografisch in der Mitte Europas befindlichen Deutschlands nicht so viele Gründe, warum eine nationale Jugendpolitik von einer europäischen weitgehend abweichen sollte, zumal Deutschland an deren Entwicklung beteiligt war und die deutschen Interessen und Bedürfnisse eingeflossen sind. Sowohl pragmatisch als auch inhaltlich gibt es für eine erfolgreiche deutsche Jugendpolitik zwar viele Notwendigkeiten für eine Erweiterung, Zuspitzung, Konkretisierung, Priorisierung und Ergänzung der europäischen Vereinbarungen, aber nicht für dazu im Widerspruch stehende und stark davon abweichende Inhalte und Konzepte. In einem solchen Sinne müssen und werden auch in Zukunft jugendpolitische Strategien und Entwicklungen auf europäischer Ebene mit denen auf nationaler Ebene in unmittelbarer Verbindung stehen.

Noch viel deutlicher wird dies in dem Moment, in dem – so wie in Deutschland geschehen – die europäischen Impulse aufgegriffen werden und die EU-Jugendstrategie aktiv umgesetzt wird. Hierin wird ein Teil der notwendigen Zuspitzung, Konkretisierung, Übertragung und Priorisierung der europäischen Inhalte und Konzepte auf die deutsche Situation vorgenommen. Eine Eigenständige Jugendpolitik stünde im Widerspruch mit sich selbst, wollte sie hiervon abweichen. Europäische Inhalte und Konzepte werden allerdings durch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie nicht erweitert – dies bleibt der Eigenständigen Jugendpolitik vorbehalten, die vor dem Hintergrund der deutschen Situation mit einem notwendigerweise viel umfassenderen und weiter-

gehenden jugendpolitischem Anspruch beschrieben werden muss. Das heißt, dass Inhalte und Konzepte europäischer Jugendpolitik hierdurch zwangsläufig zu einem Bestandteil nationaler Jugendpolitik werden müssen.

Ebenso virulent ist es, dass die Haltungen, Beiträge und Maßnahmen, die Deutschland in die europäische Debatte einbringt, natürlich auf den Erfahrungen und Positionen einer zukünftigen Eigenständigen Jugendpolitik basieren werden. Natürlich geht es auch hier um angepasste Positionen in einer europäischen Debatte, aber keinesfalls um fundamentale Widersprüche.

Eigenständige Jugendpolitik und Europäische Jugendpolitik unterscheiden sich

Die Versuchung liegt nahe, Eigenständige Jugendpolitik und die Umsetzung der EU-Jugendstrategie als dasselbe zu begreifen und beide Strategien und Prozesse miteinander zu verschmelzen. Die Folgen wären jedoch jugendpolitisch kontraproduktiv: Zum einen würde die EU-Jugendstrategie die Anregungsfunktion für die Eigenständige Jugendpolitik, die europäischen Impulse durch andersgeartete Verfahren, Instrumente und Strukturen verlieren. Zum anderen würde sie sich ohne spezifische europapolitische Elemente zusätzlicher jugendpolitischer Handlungsbereiche und Strategien berauben. Und nicht zuletzt würde durch eine Fokussierung auf die nationalen Komponenten die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland in einen stärkeren Widerspruch zu dem geraten, was auf europäischer Ebene einmal intendiert war. Sie würde dahingehend an Wirksamkeit verlieren – mit dem Verlust der oben beschriebenen positiven Effekte.

Europäische Jugendpolitik ist anders als Jugendpolitik in Deutschland – dies gilt sowohl auf der einzelstaatlichen Ebene als auch auf der Ebene der EU. Sie hat eine eigene Rationalität, die sich aus der Zusammenarbeit vieler Länder unter völlig unterschiedlichen Voraussetzungen ergibt. Die Handelnden sind in Europa sehr viel mehr auch selber Lernende – eine ungewohnte Situation für eine auf Hauptamtlichkeit basierende Jugendpolitik und -praxis. Es sind andere Akteure beteiligt, die nicht deckungsgleich mit der deutschen Jugendarbeit und -hilfe sind. Traditionelle Arbeitsweisen stoßen an ihre Grenzen in europäischen Zusammenhängen. Jugendpolitische Strukturen sind anders und vieldimensional. Die fachliche Realität von Jugendarbeit, -hilfe und -politik unterscheidet sich von Land zu Land fundamental. Erfolgreiche politische Handlungsweisen in Deutschland mögen wirkungslos in Europa sein. Europäische Jugendpolitik bedient sich spezifischer Instrumente und Verfahren, die zum Teil im Widerspruch zur deutschen Realität stehen.

So wenig Europäische Jugendpolitik eine nationale Jugendpolitik ersetzen kann, so wenig kann eine nationale Jugendpolitik die Europäische Jugendpolitik ersetzen. Eine aus deutscher Sicht gestaltete Europäische Jugendpolitik verlangt eine darauf ausgerichtete Strategie, spezifische Herangehensweise, eigene Instrumente und Strukturen. Ohne das wird sie nicht erfolgreich sein und Wirkung erzielen können.

Eigenständige Jugendpolitik und Europäische Jugendpolitik bedingen sich wechselseitig

So sehr die Eigenständige Jugendpolitik und ihre Entwicklung von der EU-Jugendstrategie und deren Umsetzung in Deutschland profitiert, so sehr findet aber auch eine Wirkung in die andere Richtung statt: Nationale Impulse, Erfahrungen und Entwicklungen aus Deutschland werden in die anderen Mitgliedsländer und die europäische Politik zurückgespielt und bereichern dort die jugendpolitische Fachdebatte bzw. die europäische jugendpolitische Zusammenarbeit.

Die beiden jugendpolitischen Strategien sind gleichermaßen in ihrer Existenz voneinander abhängig und bedingen gegenseitig ihren Erfolg. Es ist ein sich positiv wie negativ wechselseitig verstärkender Kreislauf, der eine Eigenständige Jugendpolitik und die Europäische Jugendpolitik miteinander verbindet: Je stärker die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, desto stärker wird eine Eigenständige Jugendpolitik sein können. Und je stärker, bedeutsamer und wirkungsvoller eine Eigenständige Jugendpolitik in Deutschland ist, desto größer wird die Wirkung auf die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich und dessen Weiterentwicklung sein. Oder anders ausgedrückt: Wird die Umsetzung der EU-Jugendstrategie geschwächt und nicht ausreichend Wert auf die Weiterentwicklung der Europäischen Jugendpolitik gelegt, werden die europäischen Impulse ausbleiben und die Eigenständige Jugendpolitik geschwächt. Gleichzeitig wird eine schwache Eigenständige Jugendpolitik nicht genügend Anreize setzen und Initiativen starten können, um auch europäisch wirksam zu sein und Schwung für eine länderübergreifende Zusammenarbeit in Europa zu erzeugen.

Grund genug, um also trotz aller Nähe zur Eigenständigen Jugendpolitik die jugendpolitischen Bemühungen Deutschlands in der EU weiter zu verstärken, die Entwicklung einer Europäischen Jugendpolitik voranzutreiben und eine spezifische jugendpolitische Europastrategie zu entwickeln: Eine Strategie eines auf Europa bezogenen jugendpolitischen Handelns Deutschlands, das die verschiedenen Facetten der Jugendpolitik in Europa in den Blick nimmt und sowohl die Jugendpolitik auf der Ebene der EU, als auch die des Europarates und die Jugendpolitik in den Ländern Europas miteinander verbindet.

■ Abstract

Am 27. November 2009 haben sich die Jugendminister der EU-Mitgliedsstaaten auf einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018) geeinigt, besser bekannt als EU-Jugendstrategie. Deutschland hat diesen Impuls aktiv aufgegriffen und setzt die EU-Jugendstrategie seit 2010 in einer beispielhaften Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern um. Gleichzeitig entwickelt das BMFSFJ auf der Grundlage des Koalitionsvertrages von 2009 ein Konzept für eine sogenannte Eigenständige Jugendpolitik, die das bisherige jugendpolitische Handeln grundlegend verändern soll. Aus dem bisherigen Stand der Debatten und Aktivitäten der EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung sowie der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik lässt sich eine intensive Beziehung zwischen diesen beiden jugendpolitischen Konzepten in Deutschland beschreiben.

Der Beitrag zeigt auf, dass sich eine Eigenständige Jugendpolitik nicht auf

Deutschland beschränken kann, sondern immer auch europäische Jugendpolitik sein muss. Beide jugendpolitischen Strategien sind eng miteinander verknüpft und es besteht eine enge Wechselwirkung, die beide miteinander verbindet: Je stärker die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, desto stärker wird eine Eigenständige Jugendpolitik sein können. Und je stärker, bedeutsamer und wirkungsvoller eine Eigenständige Jugendpolitik in Deutschland ist, desto größer wird die Wirkung auf die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich und dessen Weiterentwicklung sein. Der Beitrag beschränkt sich aufgrund der besonderen Bedeutung und Aktualität darauf, diese Wechselwirkungen aus dem Blickwinkel der EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung zu beschreiben und verzichtet auf die Darstellung der Verbindungen zur Internationalen Jugendpolitik sowie den jugendpolitischen Strategien des Europarates.

■ Abstract

The relationship between Independent Youth Policy and EU Youth Strategy in Germany

On November 27, 2009 the youth ministers of the EU Member States agreed on a new framework for youth policy cooperation in Europe (2010–2018) that has become known as the EU Youth Strategy. Germany actively responded to this impulse and since 2010 has been implementing

the Strategy in a unique partnership with the Federal Government and the Länder. Meanwhile, based on the coalition agreement of 2009 the Federal Ministry of Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth is developing a concept for what is known as an Independent Youth Policy (*Eigenstän-*

dige Jugendpolitik) that is designed to profoundly change the way youth policy has been approached so far. The current status of the debates and activities surrounding the EU Youth Strategy and its implementation, plus the introduction of Germany's Independent Youth Policy, is a manifestation of the close relationship these two youth policy approaches enjoy in Germany.

This paper demonstrates that Germany's Independent Youth Policy cannot operate in a purely national context; rather, it has to be part of a wider European youth policy. Both youth policy strategies are closely intertwined and mutually reinforcing. The stronger youth policy cooperation in Europe

and the more effectively the EU Youth Strategy is implemented in Germany, the stronger Germany's Independent Youth Policy can be. And the stronger, more significant and more effective the Independent Youth Policy, the greater its impact on European cooperation in the youth field and the more this cooperation can flourish. This being a highly significant and current issue, this paper leaves aside a discussion of the relationship with the international Youth Policy and the youth policy strategies of the Council of Europe to instead focus on the relationship between the two strategies against the backdrop of the EU Youth Strategy and its implementation.

■ **Kontakt**

Claudius Siebel/Hans-Georg Wicke

c/o JUGEND für Europa,

Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION,

Godesberger Allee 142-148, D-53175 Bonn;

Tel.: +49 (0)228 9506-211/-210;

E-Mail: siebel@jfemail.de; wicke@jfemail.de.